

Reallohnerhöhung in Biel.

Affront des Stadtrates

Am vergangenen Donnerstag beriet der Stadtrat (Parlament) von Biel über eine Reallohnerhöhung für das städtische Personal. Zur Erinnerung: Die Personalverbände forderten eine Erhöhung von 3 Prozent und 700 Franken, und der Gemeinderat (Exekutive) schlug dem Parlament 1,5 Prozent und 700 Franken vor. Das Ergebnis der rund zweistündigen Debatte ist für das Personal der Stadt Biel niederschmetternd. Zwar wurde einer Erhöhung der budgetierten Lohnsumme um 2,1 Millionen Franken zugestimmt, was den Kosten der gemeinderätlichen Vorlage entspricht. Doch wurde der Gemeinderat beauftragt, noch in diesem Jahr eine neue Lohnvorlage zu unterbreiten, in welcher auch die Abschaffung der Familienzulage und die Neuschaffung einer Wohnsitzzulage enthalten ist.

Mit diesem Entscheid limitiert der Stadtrat die Reallohnerhöhung auf das Ausmass, das vom Gemeinderat vorgesehen war. Der VPOD hatte in seinen Eingaben und bei den Informationen der Presse und der Gemeinderäte bewiesen, dass diese Reallohnerhöhung angesichts der tiefen Löhne in Biel ungenügend ist. Zwar wurde in der Stadtratsdebatte anerkannt, dass die Löhne in Biel niedrig seien, doch auf die Argumente von VPOD und Personalverbänden wurde nicht eingegangen. Offenbar ist man an Verhandlungen mit der Gewerkschaft und den Verbänden des städtischen Personals nicht interessiert. Immer hatten der VPOD und die anderen Personalverbände klargelegt, dass eine Verquickung des Reallohnbegehrens mit anderen Vorhaben, wie der Änderung der Wohnsitzpflicht und der Familienzulagenregelung, abgelehnt wird. Damit werden nur Unklarheiten und Ungerechtigkeiten geschaffen. Dass wir von solchen Verquickungen nichts Positives zu erwarten haben, bleibt auch nach dem Beschluss des Stadtrates wahr. Es besteht im Gegenteil Anlass zu Befürchtungen, dass einige städtische Angestellte nach einer solchen „Reallohnerhöhung“, wie sie offenbar der Mehrheit des Stadtrates vorschwebt, zumindest leer ausgehen.

Die Personalverbände der Stadt Biel haben im Vorfeld der gemeinderätlichen Beratung dieses Geschäfts deutlich gemacht, dass es ihnen mit ihrem Begehren ernst ist. Nebst Orientierung der Presse und der Stadträte über das Begehren und seine Begründung konnten innert kurzer Frist über 750 Unterschriften unter dem Personal für das Begehren der Verbände gesammelt werden.

Am vergangenen Donnerstag wurden die Stadträte von mehr als 150 Beschäftigten der Stadt vor dem Parlament empfangen.

Dass dennoch ein derartiges Ergebnis möglich war, zeigt, wie ernst die Anliegen des Personals genommen werden. Die Personalverbände werden nun beraten, wie sie sich zum Stadtratsentscheid stellen wollen. Eines dürfte schon jetzt klar sein: Das Personal ist zu Recht sauer!

Thomas Meury, Verbandssekretär.

Der öffentliche Dienst, 24.10.1986.

Oeffentlicher Dienst, Der > Stadtrat Biel. Loehne. OeD, 1986-10-24